

Rede zur Demo „Seebrücke statt Rechtsruck“, am 28.07.2018 in Hannover

Vor drei Woche waren wir bereits mit an die zweitausend Menschen hier in Hannover auf der Straße, um gegen die unmenschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU und der Bundesregierung zu protestieren. Bundesweit gab es beeindruckende Proteste gegen rassistische Hetze und die zynischen Pläne aus der Bundesregierung und der EU-Kommission. Wir sind heute wieder auf der Straße, weil wir über die Empörung hinauskommen wollen.

Auch wenn die Proteste in sofern schon Wirkung zeigen, dass sich CSU-Politiker angesichts sinkender Umfragewerte genötigt sehen Kreide zu fressen und nun ihre besonders menschenverachtenden Wortschöpfungen wohl vorläufig vermeiden werden, so hat sich damit leider nichts grundlegend an der zynischen Asyl- und Flüchtlingspolitik geändert. Die schlimmen Vorhaben auf deutscher wie auf europäischer Ebene sind nicht beiseite gelegt worden.

Weiterhin sterben Schutz suchende Menschen auf See und in der Wüste. Weiterhin werden zivile Seenotrettungsschiffe unter fadenscheinigen Argumenten in den Häfen festgehalten und Schiffen mit Geretteten die Einfahrt verweigert. So irrt seit zwei Wochen das Schiff Sarost mit 40 aus Seenot geretteten Flüchtlingen im Mittelmeer umher, da weder Malta noch Tunesien das Schiff in einen Hafen einlaufen lassen und Schiffen mit wollen.

Und die Hetze gegen Geflüchtete und gegen zivile Seenotretterinnen und -retter hat zu weiteren Tabubrüchen und einer weiteren Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses nach rechts geführt. Wie weit grundsätzliche Errungenschaften der Aufklärung mittlerweile durch autoritäre Rhetorik und Politik erodiert sind, zeigt die Debatte in der Wochenzeitung ZEIT; einem Medium, dass sich selbst wohl als linksliberal verortet, auf jeden Fall weit in die linksliberale Gesellschaft hineinwirkt. Dort wurde ernsthaft diskutiert, ob man Menschen, die vom Tode bedroht sind, retten soll. Wer die Rettung von Schiffbrüchigen auch nur diskutiert, spricht den über das Meer fliehenden Menschen letztlich die Lebensberechtigung ab und stellt damit in Frage, das jedes Menschenleben ohne Einschränkung gleich viel wert ist.

Man muss sich die Zusammenhänge noch mal deutlich vor Augen führen:

Eine weltweit vorherrschende Gesellschaftsordnung, die permanentes Wachstum, Konkurrenzkampf, Egoismus und Übervorteilung zum konstituierenden Prinzip erhebt, produziert notgedrungen Verlierer_innen. Nicht zuletzt zerstört die imperiale Lebensweise – wie die Sozialwissenschaftler Ulrich Brandt und Markus Wissen den Lebensstil der Menschen im globalen Norden auf Kosten der Menschen im globalen Süden treffend bezeichnen - die Lebensgrundlagen der Menschen im globalen Süden. Die Flüchtlinge sind letztlich Botschafterinnen und Botschafter dieser Ungerechtigkeiten und Widersprüche. Das nimmt man ihnen übel, weil sie uns dermaßen an diese Ungerechtigkeit gemahnen und ein schlechtes Gewissen erzeugen. Gleichzeitig schüren die deutlicher auftretenden Widersprüche ganz offensichtlich Ängste auch bei den Menschen hierzulande. Und je größer die Widersprüche werden, desto stärker scheint das Verlangen nach einer Autorität zu sein, die einem die komplexe Welt mit einfachen Erklärungen und v.a. klaren Feindbildern strukturiert. Schutz suchende Menschen werden zu eben diesen Feindbildern aufgebaut. Sie werden selber für ihr Elend verantwortlich gemacht. Sie werden kriminalisiert und am Ende gar vollkommen entmenschlicht. An ihnen kann dann die Law-and-order-Politik ausgeübt werden, die die Sehnsucht nach Autorität befriedigen soll.

In diesem Zusammenhang ist auch die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU zu sehen, die angeheizt wird von den Rechtsextremen, die in vielen EU-Staaten mitregieren. Da die nationalistisch geprägte Abschottungspolitik notwendigerweise zu Konflikten zwischen den EU-Staaten führt, finden sie die einigende Linie in der Abschottung der EU-Außengrenzen. Diesen Konsens scheinen offensichtlich auch die Parteien der sog. Mitte zu tragen und z.T. auch darüber hinaus bis hin zu sich als links bezeichnende Parteien. Eine klare Gegenpositionierung, die Menschenrechte bedingungslos verteidigt, wird jedenfalls nur vereinzelt formuliert.

Um die unmenschliche Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen zu rechtfertigen, werden

dann Begriffe wie „Sicherung“ oder „Schutz“ der Außengrenzen verwendet, ganz so, als würde die EU von den Asylsuchenden angegriffen. Tatsächlich kann man das, was an den EU-Außengrenzen geschieht kaum mehr anders als einen Krieg Europas gegen die Menschen aus den Krisenregionen des globalen Südens bezeichnen. Um diesen Krieg zu rechtfertigen, wird Flucht zu einem Verbrechen erklärt.

Die am Dienstag von der EU-Kommission noch einmal bekräftigten sog. „Grundzüge eines Migrationskonzepts“ sehen vor, das Abschneiden von Fluchtrouten weiter zu perfektionieren. Die sog. Grenzschutzagentur Frontex wird weiter aufgerüstet. Mit Hilfe von Transitländern sollen die Wege über Land geschlossen und das Ablegen von Booten in Richtung Europa unterbunden werden. Dazu gibt es Komplizenschaften mit Diktatoren und Mafia-Banden. In Nordafrika sollen Lager eingerichtet werden, die im Orwellsprech „Ausschiffungsplattformen“ genannt werden, in die v.a. die aus Seenot geretteten Asylsuchenden verbracht werden. Was gegen die Europäische Menschenrechtskonvention genauso verstoßen würde wie gegen das internationale Seerecht. Die EU-Länder würden dann ggf. ein Kontingent von Flüchtlingen aus diesen Lagern aufnehmen. Die Menschen wären somit von der Gnade und den politischen Gegebenheiten in den EU-Staaten abhängig, ob sie dort Schutz finden oder nicht. Die Genfer Flüchtlingskonvention würde so ausgehebelt werden

In Deutschland findet diese Politik ihre Entsprechung im von Bundesinnenminister Seehofer vorgelegten sog. „Masterplan“. Dieses Konzept ist geprägt von einem autoritären Geist, der Schutzsuchende Menschen einzig als Bedrohung wahrnimmt und mit der ständigen Unterstellung arbeitet, dass sie sich nicht mit den Werten dieser Gesellschaft identifizieren würden, wobei fraglich ist, welche Werte gemeint sind, zumal Werte der Aufklärung ja durch die CSU und andere Rechtsextreme in Frage gestellt werden.

Auf einen klaren Widerspruch des Koalitionspartners SPD gegen diese unmenschliche Politik wartet man vergebens. Da gibt es höchstens ein paar Begriffsglättungen, ohne dass der Kern der Politik angetastet würde.

Flankiert wird diese autoritäre Politik u.a. durch Verschärfungen der Polizeigesetze, die der Polizei mehr Mittel zur Unterdrückung von Protest und Widerstand an die Hand geben. Auch hier treffen die repressiven Maßnahmen besonders die Geflüchteten. In Bayern, wo die polizeigesetzlichen Verschärfungen bereits umgesetzt sind, wurden vor einigen Wochen - ohne dass dies groß wahrgenommen wurde - mehrere Asylsuchende für zwei Wochen ohne Vorwurf einer Straftat eingesperrt. Dies geschah allein auf Grund einer von der Polizei angenommenen drohenden Gefahr. Denn sie hatten es gewagt, gegen eine Abschiebung eines Bewohners ihrer Unterkunft zu protestieren.

Abwehr, Repression und Internierung in einem Geflecht von Lagern sind die bestimmenden Elemente europäischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Derweil liegt der Schwerpunkt in der Bekämpfung von Flüchtlingen und Migrant_innen auf dem Sterben lassen auf See und zunehmend auch auf Land. Der UNHCR geht davon aus, dass jeder siebte Mensch, der über das Mittelmeer flieht, ertrinkt. Und die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass in der Sahara doppelt so viele Menschen sterben, wie im Mittelmeer. Dies nicht zuletzt dank der durch die EU in Afrika eingeforderten Grenzkontrollen. Sog. Entwicklungszusammenarbeit ist dabei der Hebel, mit dem die Herkunftsstaaten und die Transitländer zur Kooperation gezwungen werden.

Der Grund für das vermehrte Sterben im Mittelmeer ist offensichtlich: Die italienischen Behörden schicken kaum noch Schiffe zur Rettung raus, stattdessen werden sie nun etliche ihrer Schiffe den libyschen Gangsterbanden überlassen, die als Küstenwache bezeichnet werden. Die sollen die Flüchtlinge auf See abfangen und zurück nach Libyen bringen. Und gleichzeitig werden sämtliche Schiffe ziviler Seenotrettungsorganisationen in den Häfen von den Behörden festgehalten werden. Damit ja niemand von den schiffbrüchigen Menschen und deren Sterben auf See erfährt, darf sogar

nicht einmal das Aufklärungsflugzeug der Sea-Watch starten.

Es ist unerträglich, wie Schutz suchende Menschen. Seenotretterinnen und -retter kriminalisiert werden.

Flucht ist kein Verbrechen! Und Seenotrettung ist selbstverständlich auch kein Verbrechen sondern humanitäre Pflicht! Die Seenotretterinnen und -retter verdienen unseren höchsten Respekt.

Kriminell ist vielmehr eine Politik, die Menschen willentlich auf See und in der Wüste sterben lässt. Der Politik von Hetze, Repression und Ausschluss, die den Bruch von Menschenrechten regelmäßig praktiziert, müssen wir uns entgegenstellen. Wir müssen Entwürfe für eine solidarische Gesellschaft entwickeln, die allen Menschen die selben Rechte garantiert und ein würdiges Leben ermöglicht. Die Solidarität mit Schutz suchenden Menschen ist dabei ein wichtiger Aspekt!

In diesem Sinne gegen Hetze und Repression!

Für eine solidarische Gesellschaft!